

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
1. Kapitel: Das Instrument der Schuldzusage	1
1. Teil: Das deutsche Recht	5
2. Kapitel: Schuldversprechen und Schuldanerkennnisse im deutschen Recht	5
3. Kapitel: Die abstrakte Schuldzusage im deutschen Recht	12
4. Kapitel: Das kausale Schuldanerkennntnis im deutschen Recht	83
5. Kapitel: Das einseitige nichtrechtsgeschäftliche Schuldanerkennntnis im deutschen Recht	115
2. Teil: Das englische Recht	141
6. Kapitel: Grundlagen des englischen Vertragsrechts	141
7. Kapitel: Das Schuldversprechen in Form der deed	150
8. Kapitel: Schuldversprechen mit vertraglicher Bindungswirkung – die <i>doctrine of consideration</i>	171
9. Kapitel: Das Schuldanerkennntnis in Form des account stated	202
10. Kapitel: Anerkenntnisse ohne Vertragscharakter – acknowledgment of debt	206
11. Kapitel: Schuldversprechen und die equitable doctrine	216
3. Teil: Rechtsvergleich	231
12. Kapitel: Rechtsvergleich und Folgerungen	231
Thesen	249
Literaturverzeichnis	253
Rechtsprechungsverzeichnis	263

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Einleitung	1
1. Kapitel: Das Instrument der Schuldzusage	1
§ 1. Thematik der Arbeit	1
§ 2. Gang der Arbeit.....	3
1. Teil: Das deutsche Recht.....	5
2. Kapitel: Schuldversprechen und Schuldanerkenntnisse	
im deutschen Recht	5
§ 1. Überblick und Begrifflichkeiten	5
§ 2. Normzweck und dogmatische Grundlagen.....	7
§ 3. Das negative Anerkenntnis	9
§ 4. Das Anerkenntnis im Prozess	10
3. Kapitel: Die abstrakte Schuldzusage im deutschen Recht.....	12
§ 1. Historische Entwicklung der abstrakten Schuldzusage	12
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit	16
I. Tatbestandliche Voraussetzungen	16
1. Einseitig verpflichtender Vertrag	16
2. „Leistung“ als Gegenstand des Versprechens.....	17
a. Abstraktheit und Bedingbarkeit.....	18
b. Abstrakte Schuldzusage und öffentlich-rechtliche	
Rechtsbeziehungen.....	18
c. Anerkenntnis einredebehafteter und unvollkommener	
Verpflichtungen.....	19
3. Wille zur selbständigen Verpflichtung.....	19
4. Formerfordernis der Schriftlichkeit.....	22
II. Verhältnis zwischen abstraktem Schuldvertrag und Kausalgeschäft ..	24
III. Wirksamkeitsmängel	26
1. Mängel des abstrakten Schuldvertrages selbst.....	26
a. Allgemeinen Wirksamkeitsvoraussetzungen für Verträge.....	26
b. Irrtum über Inhalt und Bestand des Kausalverhältnisses	26
c. Klauselverbot des § 309 Nr. 12 BGB.....	27
2. Mängel des Kausalgeschäfts	27
a. Anerkenntnis einer unvollkommenen Verbindlichkeit	27
b. Gesetzes- oder Sittenwidrigkeit des Kausalgeschäfts.....	28
IV. Kondizierbarkeit des abstrakten Schuldvertrages	29
1. Abstraktes Schuldanerkenntnis und abstraktes Schuldversprechen	
als „Leistung“ im Sinne des § 812 I BGB.....	30
2. Fehlen des Rechtsgrundes	31

a. Das Kausalverhältnis als Rechtsgrund des abstrakten Schuldvertrages	31
b. Die „besondere Abrede über die Hingabe des Anerkenntnisses“ als Rechtsgrund	32
(1) Die Notwendigkeit der Konstruktion einer „Rechtsgrundabrede“	32
(2) Die Lehre von dem objektiven Rechtsgrund	33
(3) Kritik an der Figur der Rechtsgrundabrede	34
(a) Verknüpfung von Kausalverhältnis und Rechtsgrundabrede über die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage ..	35
(b) Verknüpfung von Kausalverhältnis und Rechtsgrundabrede als einheitliches Rechtsgeschäft im Sinne des § 139 BGB?	35
c. Der Sicherungszweck als hinreichender Rechtsgrund des abstrakten Schuldvertrages	37
(1) Parallele zum Sicherungsmittel der Bürgschaft	37
(2) Schlussfolgerungen für das abstrakte Schuldanerkennnis	38
(3) Lehre von dem subjektiven Rechtsgrund	39
d. Zusammenfassung	40
3. Ausschluss der Kondizierbarkeit des abstrakten Schuldvertrages	40
a. Anwendbarkeit der bereicherungsrechtlichen Ausschlusstatbestände	40
b. Konditionsausschluss kraft Parteiwillens bei endgültiger Feststellung durch die Parteien	43
§ 3. Kritik der Lehre am Institut der abstrakten Schuldzusage	46
§ 4. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsgeschäften	48
I. Abstraktes Schuldanerkennnis und einseitiges Schuldanerkennnis	48
II. Abstraktes Schuldanerkennnis und kausales Schuldanerkennnis	49
III. Abstraktes Schuldanerkennnis und Vergleich	50
IV. Abstraktes Schuldversprechen und Garantievertrag	51
§ 5. Anwendungsbereiche in der Praxis	52
I. Bürgerlich-rechtliche Erscheinungsformen	52
1. Schuldanerkennnis als Mittel der Kreditsicherung	53
2. Annahme der Anweisung gemäß § 784 BGB	54
II. Wertpapierrechtliche Erscheinungsformen	55
1. Wertpapierrechtliche Verpflichtungstatbestände	55
2. Umdeutung unwirksamer wertpapierrechtlicher Verpflichtungen in abstrakte Schuldversprechen	56
III. Bankrechtliche Erscheinungsformen	57
1. Mitteilung der Akkreditiveröffnung	58
a. Allgemeines	58

b. Rechtliche Qualifizierung der Mitteilung beziehungsweise Bestätigung der Akkreditiveröffnung	60
c. Zusammenfassung	61
2. Gutschrift des Überweisungsbetrags auf dem Empfängerkonto	62
a. Allgemeines	62
b. Rechtliche Qualifikation der Kontogutschrift	63
c. Die Rechtslage bei mangelbehaftetem Girovertrag	64
d. Zusammenfassung	65
3. Konstruktion und Abwicklung des Kreditkartengeschäfts	65
a. Allgemeines	66
b. Rechtliche Qualifikation des Verhältnisses zwischen Vertragsunternehmen und Kreditkartenunternehmen	66
c. Die Rechtslage bei Missbrauch der Kreditkarte	68
d. Zusammenfassung	69
4. Das electronic-cash-System zur sog. point of sale-Zahlung	69
a. Allgemeines	70
b. Der Anspruch des Händlers gegen das kartenausgebende Bankinstitut	70
c. Die Rechtslage bei Missbrauch des POS-Systems	71
d. Zusammenfassung	73
IV. Schuldversprechen als Teil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	73
V. Sonstige Fälle aus der Rechtsprechung	75
1. Feststellung und Mitteilung der Bilanz einer Personengesellschaft	75
2. Saldoanerkennnis beim Kontokorrent	76
a. Kontokorrentverhältnis	77
b. Rechtsnatur des Saldoanerkennnisses	78
c. Wirkung des Saldoanerkennnisses	78
(1) Novierende Wirkung	78
(2) Kritik an der Novationstheorie	79
d. Zusammenfassung	80
§ 6. Zusammenfassung	80
4. Kapitel: Das kausale Schuldanerkennnis im deutschen Recht	83
§ 1. Die Entwicklung des kausalen Schuldanerkennnisses durch die Rechtsprechung	83
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit	85
I. Tatbestandliche Voraussetzungen	85
1. Abschluss eines Vertrages	85
2. Streit oder Ungewissheit über das Bestehen der Schuld	85
3. Einseitiges Nachgeben des Schuldners	86
4. Formerfordernis	87
a. Analoge Anwendung des § 781 BGB	87

b. Erforderlichkeit der Form des festzustellenden Rechtsgeschäfts ..	88
II. Unwirksamkeit des kausalen Schuldanerkenntnisses	89
1. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen für Verträge.....	89
a. Anfechtung wegen Irrtums gemäß § 119 BGB	90
b. Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung gemäß § 123 BGB.....	90
2. Analoge Anwendung des § 779 BGB	91
§ 3. Rechtsfolgen des kausalen Schuldanerkenntnisses	92
I. Ausschluss der Einreden und Einwendungen	92
1. Verzicht des Erklärenden auf Einreden und Einwendungen.....	93
2. Natur des Schuldanerkenntnisses als Prozessvertrag.....	93
3. Lehre von der Doppelnatur des kausalen Schuldanerkenntnisses	94
4. Vergleichsähnliche Charakter des kausalen Schuldanerkenntnisses	95
5. Zusammenfassung	96
II. Bestätigende und konstitutive Wirkung.....	96
III. Rechtswirkungen kraft Gesetzes	98
IV. Ausschluss der Kondition des kausalen Schuldanerkenntnisses.....	98
§ 4. Kritik an der Konstruktion des kausalen Schuldanerkenntnisses	100
§ 5. Abgrenzung zum Vergleich	101
§ 6. Anwendungsbereiche in der Praxis.....	104
I. Abtretungsbestätigung im Rahmen der Sicherungszession	104
1. Abtretungsbestätigung als abstraktes Schuldanerkenntnis.....	105
2. Abtretungsbestätigung als kausales Schuldanerkenntnis	105
3. Abtretungsbestätigung als rein tatsächliche Wissenserklärung	106
4. Differenzierende Betrachtung nach der Interessenlage.....	107
5. Zusammenfassung	109
II. Abschlusserklärung im Wettbewerbsprozess	109
1. Bedeutung des Eilverfahrens im Wettbewerbsprozess	109
2. Rolle der wettbewerbsrechtlichen Abschlusserklärung	110
3. Rechtsnatur der wettbewerbsrechtlichen Abschlusserklärung.....	110
III. Das kausale Schuldanerkenntnis im Schadensrecht	111
§ 7. Zusammenfassung.....	113
5. Kapitel: Das einseitige nichtrechtsgeschäftliche Schuldanerkenntnis im deutschen Recht	115
§ 1. Tatbestandliche Voraussetzungen.....	115
§ 2. Rechtsfolgen des rein tatsächlichen Anerkenntnisses	117
I. Wissenserklärung statt Willenserklärung.....	117
II. Indizwirkung im Rahmen der richterlichen Beweiswürdigung	118
1. Einseitige Anerkenntnis als „Zeugnis gegen sich selbst“	118
2. Einseitige Anerkenntnis als „außergerichtliches Geständnis“	119
3. Einseitige Anerkenntnis als Anscheinsbeweis.....	119

III. Umkehr der Beweislast durch das einseitige Anerkenntnis	121
1. Auswirkungen einer Beweislastumkehr	121
2. Begründung der Wirkung der Beweislastumkehr	122
IV. Neubeginn der Verjährung gemäß § 212 I Nr. 1 BGB	123
1. Voraussetzungen des Anerkenntnisses nach § 212 I Nr. 1 BGB	124
a. Geschäftsfähigkeit des Anerkennenden	125
b. Stellvertretung des Anerkennenden	125
c. Anfechtbarkeit durch analoge Anwendung der §§ 119 ff BGB...	125
d. Inhaltliche Anforderungen an das Anerkenntnis	126
e. Erklärung des Anerkenntnisses	127
2. Schlussfolgerungen für das einseitige Anerkenntnis	127
V. Grundlage der Schadenersatzpflicht gemäß § 840 II 2 ZPO	128
VI. Ausschluss von Einreden und Einwendungen	129
VII. Kondition des rein tatsächlichen Anerkenntnisses	130
§ 3. Erscheinungsformen in der Praxis	130
I. Drittschuldnererklärung gemäß § 840 I Nr. 1 ZPO	130
1. Allgemeines	130
2. Rechtsnatur der Drittschuldnererklärung	131
3. Rechtsfolgen der Drittschuldnererklärung	132
a. Umkehr der Beweislast	132
b. Neubeginn der Verjährung gemäß § 212 I Nr. 1 BGB	133
II. Anerkenntniserklärungen des Versicherers	134
1. Rechtsnatur der Anerkenntniserklärung des Versicherers	134
a. Anerkenntnis als rein tatsächliche Wissenserklärung	134
b. Anerkenntnis als kausales Schuldanerkennntnis	135
2. Rechtsfolgen	136
III. Erklärungen nach Haftpflichtfällen	136
1. Anhaltspunkte für die Bestimmung der Rechtsnatur der Erklärung	136
2. Stellungnahme	138
IV. Erklärungen nach deliktischem Vorverhalten	138
§ 4. Zusammenfassung	139
2. Teil: Das englische Recht	141
6. Kapitel: Grundlagen des englischen Vertragsrechts	141
§ 1. Darstellung der Problematik	141
§ 2. Überblick über die Rechtsquellen	143
§ 3. Entwicklung des englischen Vertragsrechts	144
I. Entstehung des <i>Common Law</i>	144
II. Das System der <i>writs</i>	145
III. Entstehung der <i>Equity</i>	146
IV. Von den <i>writs</i> zum Law of Contract	147
7. Kapitel: Das Schuldversprechen in Form der deed	150

§ 1. Einleitung	150
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit der <i>deed</i>	150
I. Formelle Voraussetzungen	151
1. Das Erfordernis der Unterzeichnung	151
2. Das Erfordernis der Abgabe	152
3. Das Erfordernis der Siegelung	154
II. Inhaltliche Voraussetzungen	156
1. Übertragung, Entstehung oder Feststellung von Rechten und Pflichten.....	156
2. Verpflichtungswille	157
III. Der Gegenstand der <i>deed</i>	158
1. Bedingbarkeit der Erklärung – <i>deed delivered as an escrow</i>	158
2. Deed und penalty	159
IV. Wirksamkeitsmängel der <i>deed</i>	160
1. Unwirksamkeit der <i>deed</i> selbst.....	160
a. Formelle Unwirksamkeitsgründe	160
b. Mängel des Verpflichtungswillens.....	160
2. Fehlen der <i>consideration</i> der <i>deed</i>	161
3. Unwirksamkeit aufgrund nachträglicher Abänderung oder Aufhebung.....	162
4. Unwirksamkeit aufgrund des Geschäftszwecks der <i>deed</i>	162
5. Zusammenfassung	163
§ 3. Rechtsfolgen der <i>deed</i>	163
I. Verzicht auf das Erfordernis der <i>consideration</i>	163
II. Klagbarkeit aus der <i>deed</i>	164
III. Ausschluss von Einwendungen und Einreden (<i>Estoppel</i>).....	164
IV. Verteilung der Beweislast.....	165
V. Verlängerung der Verjährungsfrist	166
§ 4. Rechtliche Qualifikation der <i>deed</i> als <i>contract</i>	166
§ 5. Zusammenfassung.....	169
8. Kapitel: Schuldversprechen mit vertraglicher Bindungswirkung – die <i>doctrine of consideration</i>	171
§ 1. Einleitung	171
§ 2. Rolle der <i>consideration</i>	171
§ 3. Definition des Erfordernisses der <i>consideration</i>	172
§ 4. Inhaltliche Anforderungen an die <i>consideration</i>	174
I. <i>Consideration need not to be adequate</i>	174
II. <i>Nominal consideration als good consideration</i>	176
III. <i>Valuable consideration in the eye of the law</i>	177
IV. <i>Past consideration is no good consideration</i>	180
1. Zeitliche Rahmen für die Erteilung einer hinreichenden Gegenleistung.....	181

2. Leistungen, die üblicherweise nur entgeltlich erbracht werden.....	182
3. Das Anerkenntnis der Schuld als hinreichende Gegenleistung	185
a. Anerkenntnis der Schuld im Dreipersonenverhältnis	186
b. Grundsatz im Zweipersonenverhältnis.....	188
c. Ausnahme aufgrund des rein tatsächlichen Vor- oder Nachteils.	190
V. Unterlassen (forebearance) als good consideration	194
VI. Moral obligation is no good consideration.....	197
§ 5. Bill of exchange und consideration.....	198
§ 6. Anerkenntnis einer bereits verjährten Forderung	198
§ 7. Rechtsfolgen eines Versprechens mit <i>good consideration</i>	199
§ 8. Zusammenfassung.....	200
9. Kapitel: Das Schuldanerkenntnis in Form des account stated.....	202
§ 1. Begriff des account stated.....	202
§ 2. Rechtliche Konstruktion des <i>account stated</i>	203
§ 3. Zusammenfassung.....	205
10. Kapitel: Anerkenntnisse ohne Vertragscharakter –	
acknowledgment of debt	206
§ 1. Historische Ursprung des <i>acknowledgment of debt</i>	206
§ 2. Formelle Anforderungen an das <i>acknowledgment</i>	208
I. Unterzeichnung der Erklärung	208
II. Schriftform der Erklärung.....	208
III. Stellvertretung beim <i>acknowledgment</i>	208
§ 3. Inhaltliche Anforderungen an das <i>acknowledgment</i>	209
I. Bestimmbarkeit des <i>acknowledgment</i>	209
II. Bestimmtheit des <i>acknowledgment</i>	210
III. Kommunikation des <i>acknowledgment</i>	211
IV. Zusammenfassung	211
§ 4. Parteien des <i>acknowledgment</i>	212
§ 5. Rechtsfolgen des <i>acknowledgment</i>	212
I. Wirkung inter partes.....	212
II. Wirkung gegenüber Dritten	213
III. <i>Acknowledgment</i> durch einen Minderjährigen	213
IV. Ausschluss der Rechtsfolgen bei Treuhand	213
V. Neubeginn der Verjährungsfrist	214
§ 6. Unanwendbarkeit der Regeln über das <i>acknowledgment</i>	214
§ 7. Zusammenfassung.....	215
11. Kapitel: Schuldversprechen und die equitable doctrine	216
§ 1. Einleitung	216
§ 2. Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der <i>equitable doctrine</i>	217
I. Rechtsverhältnis zwischen den Parteien	217
II. Versprechen oder konkludentes Verhalten	218
III. Vertrauen des Erklärungsempfängers in das Versprechen.....	220

IV. Erfordernis eines Schadens auf Seiten des Versprechensempfängers.....	220
V. Unbilligkeit eines Widerrufs des Versprechens	221
§ 3. Rechtsfolgen eines Versprechens im Rahmen der <i>equitable doctrine</i> ...	222
I. Grundsatz der aufschiebenden Wirkung	223
II. Erlöschen der Rechte und Ansprüche als Ausnahme	223
III. Keine anspruchsbegründende Wirkung.....	224
IV. Abschnitt von Einreden und Einwendungen des Versprechenden ..	226
§ 4. Abgrenzung zu verbindlichen Schuldversprechen	227
§ 5. Vergleich der Lehre vom <i>promissory estoppel</i> innerhalb der <i>Common Law</i> -Jurisdiktion.....	228
§ 6. Zusammenfassung.....	230
3. Teil: Rechtsvergleich	231
12. Kapitel: Rechtsvergleich und Folgerungen	231
§ 1. Die abstrakte Schuldzusage im deutschen und im englischen Recht	231
I. Abstraktes Schuldanerkennen und die Erklärungsform der <i>deed</i>	231
II. Abstraktes Schuldanerkennen und die <i>doctrine of consideration</i> ...	238
§ 2. Der einseitig verpflichtende Feststellungsvertrag im englischen Recht.....	240
I. Einseitiger Feststellungsvertrag und <i>deed</i>	240
II. Einseitiger Feststellungsvertrag und die <i>doctrine of consideration</i> ..	241
§ 3. Anerkenntnisse ohne Vertragscharakter – <i>acknowledgment of debt</i> und Schuldanerkennen gemäß § 212 I Nr. 1 BGB	246
Thesen	249
Literaturverzeichnis	253
Rechtsprechungsverzeichnis	263